

Hochspannung unter der Erde

STROM Bundesrat billigt Erdverkabelung in Niedersachsen

VON OLAF REICHERT,
REDAKTION BERLIN

BERLIN/GANDERKESEE – Die unterirdische Verlegung von neuen Höchstspannungs-Trassen rückt näher. Der Bundesrat billigte am Freitag mit knapper Mehrheit das Energieleitungsausbaugesetz, das u.a. vier Pilotprojekte zur Erdverkabelung vorsieht, davon drei in Niedersachsen. Es geht dabei um die Trassen von Ganderkesee (Kreis Oldenburg) nach Diepholz-St. Hülfe, von Diele (Kreis Leer) zum Niederrhein sowie von Wahle bei Peine nach Mecklar in Nordhessen.

Die Zustimmung des Bun-

desrates galt bis zuletzt als fraglich, da viele Länder gemauert hatten. „Es waren extrem harte Verhandlungen erforderlich, weil es Unmut in anderen Bundesländern gab, dass drei der vier Pilot-Trassen in Niedersachsen liegen, die Kosten aber bundesweit zu tragen sind“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) nach der Abstimmung der **NWZ**. Bis in den frühen Freitagmorgen habe man verhandelt.

Letztlich, so Wulff, habe das Argument überzeugt, dass der dringend notwendige Ausbau des Höchstspannungsnetzes nur schnell umsetzbar sei, wenn man Rück-

sicht auf Bürger, Natur und Landschaft nehme.

Nach Angaben der Landesregierung sind Erdkabel beim Bau zwar rund fünfmal teurer als vergleichbare Oberleitungen. Durch schnellere Genehmigungsverfahren, weniger Stromverlust beim Betrieb sowie geringere Wartunganfälligkeit würden die höheren Kosten aber reduziert. Die Erdverkabelung wird nach Berechnungen des Landes die Kilowattstunde Strom für die Bundesbürger um 0,004 Cent verteuern. Für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit 4500 Kilowattstunden Jahresverbrauch wären das jährlich 18 Cent.

Votum des Bundesrats erleichtert aufgenommen

STROMTRASSE IG für Vollverkabelung

HARPSTEDT/BERLIN/AK —

„Man muss es als Teilerfolg sehen, auch wenn es nicht das ist, was wir wollen.“ Frank Windhorst, Sprecher der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“, zeigte sich am Freitag erleichtert über das Votum des Bundesrats in Berlin: Dieser hatte den Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze passieren lassen — und zwar mit dem Passus zu Pilotvorhaben mit Erdverkabelung (u.a. der Abschnitt Ganderkesee-St. Hülfe). Damit folgte der Bundesrat dem Vorschlag des Wirtschaftsausschusses nicht, diesen Absatz zu streichen.

Windhorst sah damit auch Bemühungen der IG im Vorfeld der Sitzung ein Stück weit bestätigt: „Wir haben 170 Bundesratsmitglieder mit einem Serienbrief angeschrieben“, berichtet er. In dem Schreiben verweist die IG auf eine Gesundheitsgefährdung und Zerstörung von Lebensumfeld und Natur durch ei-

nen bundesweiten Freileitungsbau. Ihren Kampf für eine komplette Erdverkabelung will die IG fortsetzen: „Wir gehen unseren Weg weiter.“ Die bei einer Teilverkabelung auf der Trasse Ganderkesee-St. Hülfe nötigen Wechselstationen seien „wirtschaftlich und technisch Nonsens“.

Für die Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst (FDP) aus Wohlde war es „erfreulich“, dass der Bundesrat die Möglichkeit der Teilverkabelung beibehalte. „Wäre dieser Passus raus, hätte das das Ende der Erdverkabelung bedeutet.“ Ständig wachsende Energiemengen müssten von Nord nach Süd transportiert werden — ein beschleunigter Netzausbau aber sei nicht gegen Widerstände in der Bevölkerung erreichbar. „Wir haben zumindest die Pilottrasse erreicht“, so Brunkhorst mit Blick auf die hiesige Trasse — stellte aber auch in Frage, „ob es sich rechnet, auf den 60 Kilometern Übergangsstationen zu schaffen und ständig rauf und runter zu gehen“.